

Kommentar:

Des Kaisers neue Kleider

Premierminister Narasimha Rao ist nun drei Jahre im Amt. Dieses Jubiläum hat die regierende 'Congress'-Partei zu einer Welle von Eigenlob veranlaßt, insbesondere hinsichtlich der ökonomischen Erfolge, die sie sich zugute hält. Die staatlichen Medien, Rundfunk und Fernsehen, waren in den letzten Wochen natürlich voll des Lobes für die Wirtschaftspolitik der Regierung Rao/Singh. Bei näherer Betrachtung fällt tatsächlich einiges auf, das es zu würdigen gilt. Da ist zunächst einmal die Tatsache, daß die Regierung Rao überhaupt solange überlebt hat. Als Minderheitsregierung nach der Ermordung Rajiv Gandhis - die ihr sicherlich einen Bonus eingeräumt hat - an die Macht gekommen, hat die Regierung ihr zweifelhaftes Mandat durch eine Reihe undurchsichtiger Manöver und Manipulationen mit einfacher Mehrheit in der Lok Sabha und schließlich auch durch Kontrolle der Rajya Sabha gesichert.

Es ist schon sehr erstaunlich, wie diese Regierung, die vor allem durch ihre erschreckende Tatenlosigkeit angesichts so unglaublicher Verbrechen wie der Zerstörung der Babri Moschee und der aufbrechenden kommunalistischen Spannungen aufgefallen ist, sogar noch internationale Anerkennung verliehen bekommt.

Die Regierung weist in ihren Selbstdarstellungen erstaunlicherweise auf ihre wirtschaftspolitischen "Erfolge" hin, die letztlich am wenigsten überzeugen können. Sie hält sich zugute, die Wirtschaft nach der schweren Krise Mitte 1991 wieder auf einen stabilen Wachstumspfad zurückgebracht zu haben, und was daran am meisten erstaunt, ist, daß viele Leute es zu glauben scheinen.

Der Haushaltsplan für 1994/95 spricht nämlich eine deutlich andere Sprache: Internes Gleichgewicht ist keineswegs erreicht, im Gegenteil ist die interne Staatsverschuldung in den letzten drei Jahren kontinuierlich auf den letztjährigen Höchststand von 4,2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gestiegen. Die Versuche der Regierung, das Defizit durch Ausgabenkürzungen im Zaum zu halten, waren kontraproduktiv, da sie die Gesamtinvestitionen und die Wachstumsaussichten deutlich beeinträchtigt haben.

Die Preissteigerung ist zwar etwas zurückgegangen, was vor allem der durch ausreichende Niederschläge begünstigten Landwirtschaft zu verdanken ist. Doch die Inflation ist damit keineswegs unter Kontrolle und liegt mit elf Prozent deutlich über den Werten des letzten Jahrzehnts. Gerade die Preissteigerungen für Lebensmittel treffen aber die ärmeren Bevölkerungsschichten besonders hart, während die landwirtschaftlichen Löhne nach realem Wachstum in den 1980-er Jahren seit den Strukturreformen der Regierung Rao wieder gesunken sind. Die Armen hatten auch am stärksten unter den Kürzungen öffentlicher Nahrungsmittelhilfsprogramme und der öffentlichen Infrastruktur zu leiden.

Im Ergebnis haben die Stabilisierungsmaßnahmen zu einem Rückgang sowohl der Produktion in der verarbeitenden Industrie als auch beim Wachstum des Volkseinkommens geführt. Auch die Pro-Kopf-Zahlen für Sozialprodukt und Konsumausgaben der letzten Jahre deuten allenfalls auf Stagnation oder ein vernachlässigbares Wachstum hin.

Investitions- und Sparquoten sind in den letzten drei Jahren ebenfalls leicht zurückgegangen, und die Regierung hat durch die Kürzung ihrer Investitionsausgaben diese Situation noch verschärft. Sie unterstützt damit eher die Spekulanten als produktive Unternehmer. Die Erfolgsmeldungen bleiben so nur auf einige wenige Sektoren beschränkt, während die Produktion in den wichtigen Bereichen Investitionsgüter und kurzlebige Konsumgüter weiterhin rückläufig ist.

Paradoxiereise wird diese eher desolante interne Situation zum ersten Mal von einer günstigen Außenhandelsbilanz und komfortablen Devisenreserven bei der 'Reserve Bank of India' begleitet. Die gegenwärtige Rezession ist also nicht auf irgendwelche externen Bedingungen zurückzuführen, sondern hausgemacht und von der Regierung zu verantworten.

Während nämlich selbst die Weltbank die eminente Bedeutung von Infrastrukturmaßnahmen für Investition und Wachstum unterstreicht, hat die indische Regierung zwischen 1990/91 und 1993/94 ihre Investitionen im Energiesektor um 21 Prozent, im Transportsektor um 38 Prozent und im Kommunikationssektor gar um 84 Prozent gekürzt. Und dieser Investitionsrückgang machte sich auch in der Landwirtschaft negativ bemerkbar, denn trotz ausreichender Niederschläge lag das Wachstum hier bei nur 1,5 Prozent jährlich gegenüber drei Prozent in den 1980-er Jahren.

Während auch die letzten Regierungen keine nennenswerten Erfolge in der Beschäftigungspolitik zu verzeichnen hatten, fällt bei der Regierung Rao das offenbar völlige Desinteresse am schweren Problem der Arbeitslosigkeit auf. Und der Rückzug des Staates aus der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik hat die schwierige Situation auf dem privaten Arbeitsmarkt natürlich noch verschärft.

Erfolge wurden lediglich in der Außenwirtschaft erzielt. Genaugenommen sind diese aber nicht auf einen neueren indischen Exportboom zurückzuführen, sondern auf die jüngeren internationalen Trends, in den "neuen Wachstumsmärkten" Asiens zu investieren. 70 Milliarden US-Dollar sind 1993/94 investiert worden, von denen ein kleiner Teil auch nach Indien floß. Als Kehrseite hat diese Entwicklung die indische Rupie unter Aufwertungsdruck gesetzt, was wiederum der indischen Exportwirtschaft zu schaffen machen wird. Auch die multilateralen Kreditinstitute sind besorgt über diese für die indische Wirtschaft destabilisierende Entwicklung.

Bei dem dennoch erfolgten und so bejubelten 20-prozentigen Exportwachstum des letzten Jahres darf denn auch nicht übersehen werden, daß es von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau aus erfolgte. Zudem ist die Verschuldung Indiens im Ausland trotz der entspannteren Zahlungsbilanzsituation in der Regierungszeit Rao um nominal 73 Prozent gestiegen.

Mindestens so wichtig wie die quantitativen Ergebnisse der Wirtschaftspolitik der Regierung Rao ist die qualitative Entwicklung. Hier fällt auf, daß die Strukturanpassungs- und Fiskalpolitik den reicheren Gruppen der Gesellschaft genutzt und die Last einmal mehr den Armen auferlegt haben. Die als "Liberalisierung" verkaufte Politik ist Makulatur, denn

der Zugriff der Bürokratie auf Wirtschaft und soziales Leben ist noch stärker geworden. Das zeigt sich besonders in der Zentralisierung der Macht beim Finanzministerium in New Delhi und den Kürzungen der Mittel, die in die Unionsstaaten fließen. Auch im privaten Sektor ist Zentralisierung und Monopolisierung, insbesondere durch multinationale Konzerne, zu beobachten, während die Kleinindustrie umso mehr unter bürokratischen Maßnahmen zu leiden hat. Wie ist es aber bei diesem insgesamt für die Regierung wenig schmeichelhaften Ergebnis möglich, daß sie noch ihre

"wirtschaftspolitischen Erfolge" öffentlich herausstellt? Die Antwort kann nur darin liegen, daß der größte - und einzig wirkliche - Erfolg dieser Regierung auf dem Gebiet der Propaganda, Public Relation und Medienpolitik liegt. Es ist ihr erstaunlich gut gelungen, dem Publikum das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern als Realität zu verkaufen.

(Dieser Kommentar erschien im Nachrichtenmagazin 'Frontline', Madras, 15. Juli 1994. Es wurde redaktionell bearbeitet und von Thomas Stukenberg übersetzt)

Offener Brief an den Finanzminister

Sehr geehrter Herr Dr. Manmohan Singh, herzlichen Glückwunsch!

Im Juni waren sie bereits drei Jahre im Amt des Finanzministers. Dies ist in den letzten zehn Jahren niemandem Ihrer Vorgänger gelungen. Nun scheint sich mit Beginn Ihres vierten Amtsjahres einiges in der Wirtschaft zu ändern, und zwar nicht zu Ihren und unseren Gunsten: Da ist zunächst einmal das hohe ungedeckte Haushaltsdefizit in Höhe von 7,3 Prozent des Bruttosozialproduktes zu nennen. Die steigende Inflation ist ein weiterer Punkt, der Ihnen - aus wahltaktischen Gründen - Sorgen bereiten dürfte. Auch die Vorwürfe des Parlamentsausschusses ('Public Accounts Committee') an Ihr Ministerium, daß Sie Anteile öffentlicher Unternehmen unter Wert verkauft haben, können Sie nicht kalt lassen, ebenso die Kritik des 'Joint Parliamentary Committee', daß Sie den versprochenen Aktionsbericht zum Börsenskandal ('security scam') noch nicht vorgelegt haben.

Durch Ihre Begleitung des Premierministers auf seiner USA-Reise konnten Sie Ihr Image wieder etwas aufpolieren. Doch daß Sie bei dieser Gelegenheit mehr Zeit für die Wirtschaftsreformen einforderten, läßt uns an der Richtigkeit Ihrer früheren Erfolgsmeldungen zweifeln, wo das Parlament Ihnen doch durch die Zustimmung zu Ihrer neuen Telekom-Politik und zur Privatisierung von Staatsbanken gerade wieder den Weg geebnet hat.

Jedenfalls sollten Sie aber, wo Sie so viel Zuversicht über den Erfolg Ihres Reformprogramms verkünden, auch einige grundsätzlich kritische Stimmen zur Kenntnis nehmen: Dr. Partha S. Ghosh, international anerkannter Management- und Politik-Consultant, der von indischen Regierungen schon wiederholt um Rat gefragt wurde, sagt, daß einige Ihrer "Experten", die Ihre

Wirtschaftsreformen so sehr loben, dies aus klar eigennützigen Gründen tun: Sie wollen sich als Experten für Weltbank- und IWF-Projekte in Indien profilieren und die sehr lukrative Vermittlerrolle im internationalen Investitionsgeschäft in Indien übernehmen.

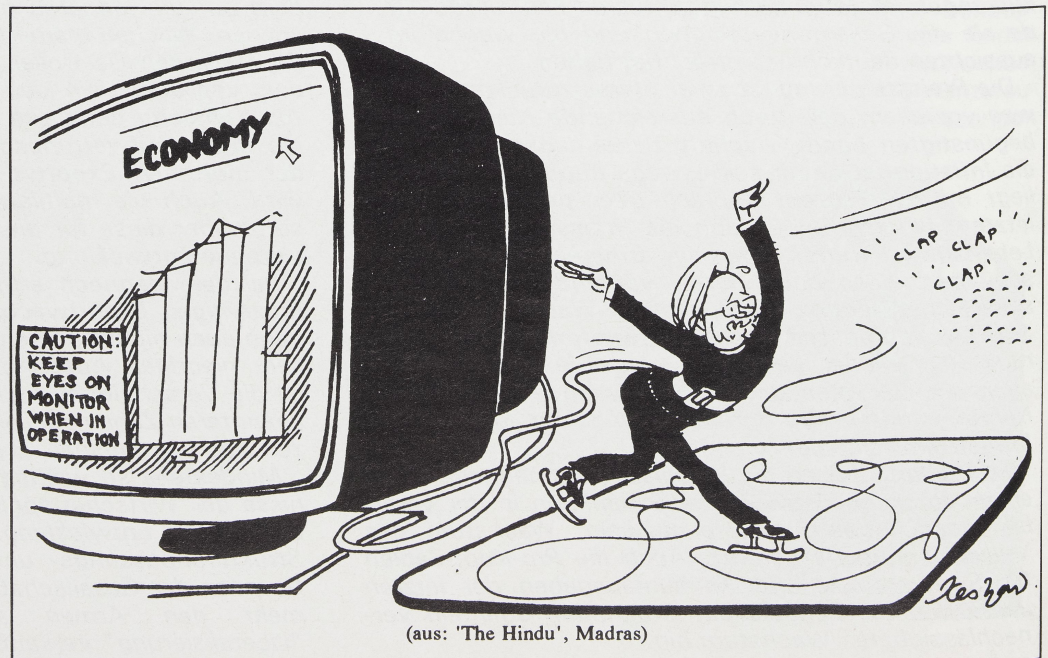
Ghosh fragt, ob die kurzfristig als Erfolge verkauften Zahlen wie die Höhe der Weltbankkredite an Indien, internationale Investitionen in Indien oder die Entwicklung des Aktienmarktes auch dem "Mann auf der Straße" nützen werden. Werden die Güter und Dienstleistungen, die der Durchschnittsinder braucht, leichter für ihn erhältlich sein? Wird sich Indiens Produktivität und sein Arbeitsethos verbessern, und schließlich: wird sich die riesige Lücke zwischen arm und reich durch die Reformmaßnahmen verringern lassen? Wie können die kurzfristigen Trends, die so bejubelt werden, anhalten, wenn sie nicht auf einem starken strategischen Fundament beruhen? In einer so komplexen und großen Wirtschaft wie der indischen ist es riskant, auf IWF- und Weltbankempfehlungen und -analysen zu vertrauen, die oft nur

einen sehr kleinen Ausschnitt der ökonomischen Realität berücksichtigen.

Nur sehr wenige unserer politischen Führer haben Kontakt zur Mittel- und Unterklasse und wissen, was außerhalb der Wirtschaftszentren um Bombay oder Delhi geschieht. Die alte und beliebte Annahme, was gut ist für die oberen zwanzig Prozent der Gesellschaft, müsse gut sein für ganz Indien, ist gewagt.

Seit Sie, Herr Finanzminister, am 21. Juni 1991 Ihr Amt antraten, haben Sie sicherlich einiges erreicht und die Wirtschaft wieder einigermaßen unter Kontrolle gebracht. Doch der andauernde Reformprozeß ist nun in eine kritische Phase eingetreten, da viele Maßnahmen auf der Ebene der Unionsstaaten umgesetzt werden müssen, und Sie müssen die dortigen Regierungen bei dieser Aufgabe begleiten und unterstützen. Die Beschäftigungspolitik ist dabei zu einem besonders kritischen Faktor geworden.

Die aktuellen Schwierigkeiten können Ihnen nicht entgangen sein, denn sie sind zu offensichtlich: Die Bankangestellten streiken in letzter Zeit mehr als daß sie zur Arbeit erscheinen und prote-



(aus: 'The Hindu', Madras)